

ANNETT MEIRITZ UND JULIANE SCHÄUBLE
Die Allianz der neuen Rechten

Von Annett Meiritz und Juliane Schäuble

DIE ALLIANZ DER NEUEN RECHTEN

Wie die Trump-Bewegung
Europa erobert

HEYNE <

Der Verlag behält sich die Verwertung der urheberrechtlich geschützten Inhalte dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44b UrhG ausdrücklich vor.
Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten, so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung, da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

1. Auflage 2025

Copyright © 2025 by Wilhelm Heyne Verlag, München,
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Straße 28, 81673 München
produktsicherheit@penguinrandomhouse.de
(Vorstehende Angaben sind zugleich
Pflichtinformationen nach GPSR.)

www.heyne.de

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Jan Haas

Umschlaggestaltung: Birgit Kohlhaas, kohlhaas-buchgestaltung.de,
unter Verwendung einer Abbildung von ©Image Pixel / iStock

Satz: Satzwerk Huber, Germering

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-453-21915-1

Für unsere Familien.
Für alle, die uns begleiten.
Für unsere Freundschaft.
Für ein Land, das größer ist als seine Fehler.

Inhalt

Vorwort	8
Kapitel 1	
Trumps Griff nach Europa: Rechtspopulisten rücken vom Rand in den Mainstream	11
Kapitel 2	
Das Reizthema Einwanderung: Rechte zwingen die Mitte zum Kurswechsel – selbst wenn sie nicht regieren	37
Kapitel 3	
Der Frust geht tief: Vom Kollaps des Aufstiegsversprechens	64
Kapitel 4	
Die Kreuzritter: Alte religiöse Netzwerke stärken ihren Einfluss	82
Kapitel 5	
Jetzt erst recht(s): Die AfD und MAGA	111
Kapitel 6	
Der übergriffige Staat? Wie Rechtspopulisten ihren Kampf gegen die Justiz für sich nutzen	147
Kapitel 7	
»Keine Kinder kriegten ist keine Option«: Der Geburtenkult von Viktor Orbán, J.D. Vance und Silicon Valley	168
Kapitel 8	
Influencer First: Der Piraten-Angriff auf mediale Dickschiffe.	200

Kapitel 9

Die Fronten-Frage: Können Rechtspopulisten die Krisen der Welt lösen?	221
--	-----

Kapitel 10

»Macht ihnen die Hölle heiß!« – Widerstand ist nicht zwecklos. Ein Ausblick.	244
Anmerkungen.	263
Personenverzeichnis.	279

Vorwort

In seiner ersten Minute als neuer US-Präsident öffnete Donald Trump seine Arme wie ein Heiland. Den donnernden, aggressiven Ton seiner Massenkundgebungen schien er in diesem Moment nicht zu brauchen. Trump war angekommen. »Das goldene Zeitalter Amerikas beginnt genau jetzt«, sagte er gleich zu Beginn seiner Inaugurationsrede am 20. Januar 2025. Es war ein Satz, der hängen blieb, gefolgt von vielen anderen bemerkenswerten Sätzen, die einen Vorgeschmack darauf gaben, wie grundlegend sich die Vereinigten Staaten in Trumps zweiter Amtszeit verändern würden. Bereits in den ersten 48 Stunden erließ er 28 Dekrete zur Einwanderung, Energiepolitik, zu Auslandssanktionen und neuen Strafzöllen und machte fast fünfzig Beschlüsse der Vorgängerregierung rückgängig.

Die vergangenen Monate haben mehr als deutlich gemacht, dass Trumps Präsidentschaft nicht nur für die USA, sondern für die ganze Welt Folgen hat. Die Ära Trump geht uns alle an: Sie beeinflusst Europa unmittelbar und setzt Kräfte der internationalen Rechtsaußen-Bewegung frei, die sich nun verbinden und voneinander lernen können. Das Verhältnis zwischen Europa und den USA könnte sich für immer verändern, und ein Rechtsruck nach amerikanischem Vorbild könnte in immer mehr europäischen Ländern folgen.

Weil diese Verschiebung von Macht und Einfluss immer spürbarer wird, haben wir, zwei langjährige deutsche Korrespondentinnen in der US-Hauptstadt Washington, beschlossen, das rechte Beziehungsgeflecht genauer zu untersuchen. Es entstehen neue, bisher ungekannte Allianzen – mal verborgen im Hintergrund, mal zur Schau gestellt –, die darauf abzielen, die demokratische Mitte maximal zu zerrütten. Rechte und rechtspopulistische Parteien in Deutschland und Europa wittern ihre Chance, im Trump-Orbit aufzusteigen und davon zu profitieren. Und Trumps »Make America Great Again«-

Bewegung (MAGA) treibt die transatlantische Vernetzung so offensiv wie nie zuvor voran, weil auch sie sich davon Vorteile verspricht.

Während unserer Recherchen, die wir neben unserem Redaktionsalltag auf die Beine gestellt haben, merkten wir schnell, wie viel hinter den Kulissen in Bewegung ist, abseits der hektischen Schlagzeilen im Minutentakt. Wir haben uns selbst und unseren rund hundert Gesprächs- und Interviewpartnern unzählige Fragen gestellt: Warum sind Themen wie Geburtensteigerung und die Kernfamilie so wichtig für rechte Parteien in Europa und in den USA? Welche Rolle spielt Religion für die Mobilisierung der Anhängerschaft? Wie haben es deutsche Social-Media-Influencer geschafft, dicht ans Trump-Umfeld heranzukommen? Was haben etablierte Parteien versäumt, dass Wähler auf beiden Seiten des Atlantiks zu rechten Parteien strömen? Können Rechtspopulisten die Krisen der Welt lösen? Wo auch immer wir nachforschten, begegnete uns eine regelrechte Flut von Eindrücken. Die transatlantischen Bande zwischen Trumps MAGAs und Europas Rechtsaußen werden – obwohl sich die Bewegungen zum Teil deutlich voneinander unterscheiden – in rasantem Tempo geknüpft.

Für traditionelle Transatlantiker waren Trumps unerwartet deutliche Wiederwahl, die Sprachlosigkeit der US-Demokraten, Elon Musks Omnipräsenz und vor allem die AfD-Umarmung von US-Vizepräsident J.D. Vance bei seiner Rede in München im Februar 2025 ein Schock. Und wie immer bei einem Schock haben Journalisten den Vorteil, durch ihre Arbeit bei der Bewältigung helfen zu können. Wo sind die Netzwerke, wo die Widersprüche, was sind die Themen, die Rechtspopulismus erfolgreich machen – und wie können Mitte-Parteien damit so umgehen, dass die Menschen das Vertrauen in Demokratie wiedergewinnen? Wer sich damit intensiv und unaufgeregt beschäftigt, der merkt, dass es kein Schwarz-Weiß gibt, dass auch Schockmomente Vorgeschichten haben und dass es sich lohnt, seine Komfortzone zu verlassen und verstehen zu wollen. Deshalb haben wir ganz bewusst führende Rechtsaußen-Akteure für Interviews getroffen – von MAGA-Republikanern bis zu AfD-

Abgeordneten. Das heißt nicht, dass wir den Rechtsruck in den USA beschönigen oder verharmlosen möchten. Es bedeutet auch nicht, dass wir in Deutschland das Ende der Brandmauer herbeisehnen. Wir glauben jedoch, dass schwierige Debatten – sowohl in den USA als auch in Europa – unverzichtbar sind. Angst und Ignoranz sind schlechte Ratgeber; wichtiger ist es, ernsthaft auszuloten, was eine Demokratie zusammenhält.

In unserem Alltag als Europäer in den USA leben wir zwischen den Welten. Oft verstehen wir uns als Übersetzer, wenn unsere Freunde und Familie fragen: »Was ist da wieder los im Weißen Haus?« Die wichtigste Mission von Journalisten sollte sein: Zusammenhänge zu erklären, ohne vorschnell zu urteilen. Denn wir sind überzeugt, dass Leserinnen und Leser selbst Urteile fällen können, wenn sie genügend authentische Informationen erhalten. Mit unserem Buch wollen wir Dogmen hinterfragen und eingefahrene Denkmuster herausfordern. Sie, unsere Leserinnen und Leser, laden wir herzlich dazu ein, sich darauf einzulassen. Erkunden Sie gemeinsam mit uns die Außenstrategien der amerikanischen Politik, die für uns Europäer am relevantesten sind.

Ihre Autorinnen, Annett Meiritz und Juliane Schäuble

Kapitel 1

Trumps Griff nach Europa: Rechtspopulisten rücken vom Rand in den Mainstream

Hunderte Fallschirmjäger regnen auf die berühmte National Mall in Washington herab. Sie ziehen an der Kuppel des US-Kongresses und am weißen Obelisk des Washington Monument vorbei, der die amerikanische Hauptstadt überragt. Einige von ihnen landen in unmittelbarer Nähe des Weißen Hauses. Die Luft ist schwer von Sommergewittern, der Wind hat weißgraue Rauchscheiter von Hunderten Kilometer entfernten Waldbränden herübergeweht. Mehrere Tausend Zuschauer bejubeln das Spektakel. Die First Family beobachtet es von einer Ehrentribüne aus hinter kugelsicherem Glas. Immer wieder steht Donald Trump auf, um zu salutieren. Drohnen und Militärhubschrauber kreisen über dem Gelände. Als zum Finale Kanonen abgefeuert werden, bebt der Boden.

Mit diesen Szenen sollte die Welt sehen, wie großartig die Vereinigten Staaten sind, beziehungsweise: wie großartig sie durch Donald Trump geworden sind. Als der US-Präsident am 14. Juni 2025 seinen 79. Geburtstag feierte, fiel das Datum mit dem Jubiläum zum 250-jährigen Bestehen der US Army zusammen. Trump ließ eine 45 Millionen Dollar teure Militärparade durch die Hauptstadt Washington auffahren – bezahlt von Steuergeldern und Sponsoren wie Amazon, Boeing, T-Mobile und dem Kryptowährungsanbieter Coinbase.¹ In seiner ersten Amtszeit hatte Trump immer von einer solchen Parade geträumt. Damals wurde ihm wegen der hohen Kosten davon abgeraten, auch fürchtete man eine an Diktatoren und Autokraten erinnernde Optik. Nun, in seiner zweiten Amtszeit,

sollte sich Trumps Wunsch nach einer ultimativen Machtdemonstration erfüllen. Niemand stellte sich Trump mehr in den Weg – kein Berater, keine Republikaner, keine demokratische Opposition. Zwar wurden am Tag der Parade im ganzen Land Proteste unter dem Motto »No Kings Day« abgehalten, was aber nichts daran änderte, dass Trump wieder einmal das bekam, was er wollte.

Nach diesem Muster – Fakten schaffen und immer neue Tabus brechen – funktioniert Trumps Präsidentschaft auf vielen Ebenen. Die institutionelle Krise, die viele Beobachter zu seinem Amtsantritt fürchteten, ist eingetreten. Das Fundament der einst als unerschütterlich geltenden Demokratie bröckelt. Es wird erschüttert, wenn Trump und sein Vize J.D. Vance für Massenabschiebungen das Kriegsrecht heranziehen und als Reaktion darauf, dass Richter dagegen Einspruch erheben, die Gewaltenteilung infrage stellen.² Oder wenn Trump wegen Ausschreitungen in der kalifornischen Stadt Los Angeles Soldaten der Nationalgarde und des Marinekorps an die Westküste entsendet – ohne Zustimmung des dortigen Gouverneurs. Kaum ein Tag vergeht, an dem Trump nicht neuen Gegnern den Kampf erklärt: der Eliteuni Harvard, der Wissenschaft und Forschung, Einreisenden mit Touristenvisa, Medien, Anwaltskanzleien, der demokratischen Spendenplattform Act Blue und natürlich dem Regierungsapparat. Zwölf Prozent der 2,4 Millionen zivilen Bundesbediensteten wurden binnen weniger Wochen entlassen.³ In vielen Fällen preschte das Weiße Haus voran, ohne den Kongress einzubinden, oder man schwächte unabhängige Aufsichtsbehörden. Trumps Rache-Präsidentschaft richtet sich systematisch gegen jeden, der ihm im Weg stand und steht. Dieses Machtverständnis unterscheidet ihn von allen seinen Vorgängern.

Laut den Harvard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, Autoren des Buchs *How Democracies Die*, und dem kanadischen Politikwissenschaftler Lucan Way stehen die USA mit Trump unter einem »neuen Regime« in der Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie. »Für viele amerikanische Bürger und Organisationen sind die Kosten der Opposition deutlich gestiegen. Zwar sind diese

Kosten nicht so hoch wie in Diktaturen wie Russland, wo Kritiker inhaftiert, ins Exil geschickt oder getötet werden. Doch ist Amerika mit erstaunlicher Geschwindigkeit in eine Welt abgeglitten, in der Regierungsgegner strafrechtliche Ermittlungen, Klagen, Steuerprüfungen und andere Strafmaßnahmen fürchten müssen und sogar republikanische Politiker vor Todesdrohungen Angst haben«, schreiben die Autoren in einem Warnbrief in der *New York Times*.⁴ »Wenn Bürger zweimal überlegen, bevor sie die Regierung kritisieren oder sich ihr widersetzen, weil sie mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen müssen, leben sie nicht mehr in einer vollständigen Demokratie.«

Es ist genau diese Furcht, die zum Teil erklärt, warum es – abgesehen von gut besuchten Kundgebungen um die Progressiven Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez – kein flächendeckendes Aufbäumen der Opposition gibt. Graswurzelorganisationen äußern Sorge, dass der Präsident Ausschreitungen zum Anlass nehmen könnte, über den »Insurrection Act« (zu Deutsch: Aufstandsgesetz) das Kriegsrecht zu verhängen⁵ – und damit dann nicht nur gegen illegale Einwanderer, sondern auch gegen seine eigenen Staatsbürger vorgehen könnte. Dass Trump damit während der Kalifornien-Ausschreitungen drohte, zeigt, dass diese Möglichkeit ständig im Raum steht. Zudem haben die Demokraten mit Altlasten zu kämpfen, die durch die Krebsdiagnose ihres Ex-Präsidenten Joe Biden kaum abgemildert werden. Wer hat was zu welchem Zeitpunkt vertuscht? Die Debatte über Bidens Altersschwäche im Amt reißt nicht ab und verhindert bislang einen Neustart der Demokraten, damit sie mit voller Kraft in den Wahlkampf für die Zwischenwahlen 2026 und die Präsidentschaftswahlen 2028 gehen können. Auch wenn Trump in Umfragen zwischenzeitlich der unbeliebteste Präsident aller Zeiten ist, scheint es den Demokraten nichts zu nutzen, weil sie ebenfalls kein Feuer der Zustimmung entfachen können.

Die Instabilität im Inland schlägt sich längst auf die außenpolitischen Beziehungen nieder. Das Oval Office droht bei Besuchen von Staats- und Regierungschefs zur Gefahrenzone zu werden. So brüskierte Trump den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj

und den südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa vor laufender Kamera. Den deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz umschmeichelte Trump zwar bei dessen Antrittsbesuch im Juni 2025 (»Er ist ein angesehener Mann«), was die außenpolitische Gemengelage aber nicht weniger kompliziert macht. Über Monate hatte Trump dem Multimilliardär Elon Musk Zugang zu seinem innersten Machtzirkel, zu sensibelsten Daten und Informationen verschafft. Bevor sie sich wegen eines öffentlich ausgetragenen Streits über die Rekordverschuldung der USA entzweiten, war der Tesla-Chef bei Kabinettsitzungen dabei und begleitete den Präsidenten bei seiner ersten Auslandsreise nach Saudi-Arabien. Lange ging Musk in Trumps Luxusresort Mar-a-Lago ein und aus. Doch nach ihrem spektakulären Zerwürfnis, das ausgerechnet am Tag des Merz-Besuchs stattfand, attackierte Trump seinen einstigen »wundervollen Freund« als »völlig verrückt«.⁶ Im Juli 2025 verkündete Musk die Gründung einer eigenen Partei (»The America Party«), seitdem sind sie offiziell Feinde. Dass Trump ihn über Nacht verstieß, wirft Fragen auf, welchen »Freund« er als Nächstes abserviert und mit welchem Maß an Zurechnungsfähigkeit der US-Präsident Entscheidungen über Krieg und Frieden trifft.

Trump droht unter anderem damit, sich aus den Waffenstillstandsgesprächen zum Ukrainekrieg »zu verabschieden«, dazu könnten die USA Teile ihrer Truppen aus Europa abziehen. Seitens der US-Regierung wird zwar begrüßt, dass Nato-Staaten wie Deutschland ihre Verteidigungsbudgets massiv erhöhen wollen. »Das ist der Trump-Effekt«, frohlockte der externe Berater der Trump-Regierung, Nile Gardiner, von der rechtskonservativen Heritage Foundation bei einer Anhörung im Kongress. Die ehemalige Nato-Botschafterin Julianne Smith, die unter der Präsidentschaft Joe Bidens nach Brüssel entsandt worden war, saß direkt neben ihm. Sie widersprach Gardiner und sah eine »riesige Vertrauenslücke«, die an die Stelle der einstigen Finanzierungslücke gerückt sei. »Viele europäische Regierungen befürchten, dass die Unterstützung der USA für die Nato nun an Bedingungen geknüpft ist und sich plötzlich ändern könnte.

Sie sind besorgt über die Abkehr der USA von der Unterstützung der Ukraine. Diese Unsicherheiten veranlassen die Verbündeten, sich abzusichern und sich zunehmend auf sich selbst zu konzentrieren.«

Mit anderen Worten: Dem größten militärischen Bündnis der Welt, das wie kein anderes für Friedenssicherung und die Westbindung Europas steht, droht der Bruch mit den USA – wenn nicht auf dem Papier, dann durch interne Neuausrichtungen und Strategiewechsel. Laut dem Chef des Kiel Instituts für Weltwirtschaft, Moritz Schularick, habe Europa »drei Jahre Zeit«, bis es für seine eigene Sicherheit sorgen müsse, über ein modernes, mit künstlicher Intelligenz ausgestattetes Militär. »Zurzeit können wir uns nur eingeschränkt selbst verteidigen. Zudem ist die Bedrohung aus dem Osten größer und der Beistand aus dem Westen deutlich kleiner geworden«, mahnt Schularick.

Europa kann sich nicht mehr auf die schützende Hand der USA verlassen, spätestens das ist mit Trumps zweiter Amtszeit klar geworden. Impulse und Disruption sind die Leitmotive seiner Präsidentschaft, mit dem Instrument der Strafzölle als permanenter Drohkulisse. Unabhängig davon, wie die Gespräche über Trumps protektionistische Handelspolitik enden werden: Ein Teil der Zölle ist »gekommen, um zu bleiben«, wie seine Regierung feststellte.⁷ Zugleich ist die ökonomische Basis der mächtigsten Nation der Welt ins Wanken geraten. Die Staatsverschuldung hat historische Höchststände erreicht, und Warnungen vor einer Rezession, die durch das Strafzölle-Regime angeheizt werden könnte, reißen nicht ab. Dass die USA den Dollar als geopolitisches Druckmittel einsetzen könnten, hat eine Debatte über Alternativen zur Leitwährung entfacht. Was bleibt, ist das Bild einer außenpolitisch unberechenbaren und wirtschaftlich angeschlagenen Weltmacht – für die nur solche Allianzen zählen, die den unmittelbaren Interessen der USA dienen. Eine dieser neuen, zentralen Allianzen ist das Bündnis zwischen Trumps »Make America Great Again«-Bewegung (MAGA) und den europäischen Rechtsaußen-Parteien.

Die Ära neuer transatlantischer Netzwerke

In der demokratischen Mitte Europas hat Trumps Wiederwahl eine Identitätskrise mit drängenden Fragen wie diesen ausgelöst: Wer sind wir ohne den großen Bruder USA? Wie viel Nähe brauchen und wollen wir zu einem Amerika unter Trump? Was ist, wenn sich Europa politisch in eine ähnliche Richtung entwickelt wie die USA? Natürlich sind die Systeme der Vereinigten Staaten und der europäischen Ländergemeinschaft kaum zu vergleichen – aber sie sind eng miteinander verbunden: kulturell, sicherheitspolitisch und wirtschaftlich. In dieser Gemengelage ist das System Trump auf dem besten Weg, zum Exportschlager zu werden. Zum ersten Mal entsteht, befeuert durch Trumps Comeback und den Aufstieg von »Trump-Ablegern« in Europa, eine neue transatlantische Partnerschaft. Es ist eine Allianz, bei der nicht mehr die Verteidigung demokratischer Werte im Mittelpunkt steht, sondern deren Untergrabung. »MAGA ist eine internationale Bewegung«, sagt der *Atlantic*-Journalist David Frum, konservativer Trump-Kritiker und ehemaliger Redenschreiber von George W. Bush. Obwohl sich rechte Strömungen in den USA und Europa als nationalistisch bezeichnen, »sind sie die Gesichter eines weltweiten politischen Trends. Sie kolonisieren sich gegenseitig, inspirieren und befruchten sich«, so Frum. »Die heutige extreme Rechte ist eine sehr globalistische Angelegenheit. Es gibt Konferenzen und Informationsaustausch, die Bewegungen klingen alle gleich.«

Die Sorgen um Globalisierung, Einwanderung, Ungleichheit, steigende Lebenshaltungskosten und niedriges Wachstum, Progressivismus und nationale Identität sind die verbindenden Themen der verschiedenen Parteien, die andere, zum Teil eklatante Differenzen – etwa in der Außen- und Wirtschaftspolitik – kaschieren. Die wichtigste Veränderung der jüngeren Zeit ist aber folgende: Diese neue transatlantische Allianz wird zum ersten Mal von beiden Seiten gewollt und gestärkt. Zwar gab es auch früher schon Versuche, sich zu vernetzen. So tourte Trumps ehemaliger Chefberater Steve Bannon bereits 2018 durch Europa, um Gleichgesinnte zu verknüpfen.

»Während Trumps erster Amtszeit war ich immer mal wieder auf kleineren Konferenzen in den USA unterwegs«, erinnert sich der frühere Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), der regelmäßig nach Washington reist und Kontakte trifft. »Dort wurden Leute wie Steve Bannon als eine Art Tagesclown eingeladen. Man dachte, das sind schräge Figuren, an denen wir uns jetzt abarbeiten. In den wenigsten Fällen ist das gelungen. Bannon ist hochintelligent und wusste genau, wie er ein zunächst negativ bis feindlich gesinntes Publikum um den Finger wickeln konnte.« Guttenberg hat mehrere Jahre in den USA gelebt und ist heute mit seiner Medienproduktionsfirma auf beiden Seiten des Atlantiks aktiv. Bereits 2015, als die Spannungen um das Thema Migration in Europa zunahmen, war die proaktive Kontaktaufnahme der MAGA-Bewegung in Europa spürbar. »In den vergangenen Jahren sind die Fäden dieses Spinnennetzes immer stärker geworden«, so Guttenberg.

Tatsächlich warb Trump, als er 2016 zum ersten Mal für das Präsidentenamt kandidierte, mit Bildern von Flüchtlingen in Europa für seinen Mauerbau an der Grenze zu Mexiko. Das Team Trump »importierte eine Einwanderungsdebatte, wie sie in Europa stattfindet, und brachte sie in die Vereinigten Staaten«, erklärt der Journalist Frum. Doch erst jetzt entfaltet die Vernetzung eine kraftvolle Dynamik und gewinnt an Fahrt.

Trumps erster Wahlkampf profitierte vom Brexit, und nach seinem Wahlsieg übernahm er einige Botschaften vom ungarischen Regierungschef Viktor Orbán. Im Zuge von Trumps zweiter Amtszeit »könnten die USA Ungarn werden, was viele in der Trump-Administration explizit wollen«, sagt der renommierte *New-York-Times*-Autor Ezra Klein im Gespräch. »Ich befürchte, dass wir in einen kompetitiven Autoritarismus zurückfallen, wo die herrschende Partei die Wahlen zwar nicht ganz abschafft, aber die Macht des Staates nutzt, um Institutionen zu ihren Gunsten zu kippen.« Harvard-Forscher Levitsky spricht von »Hybridregimes« in den USA, in Ungarn und der Türkei. »Hier haben starke Männer legitime Wahlen gewonnen, dann aber die demokratischen Institutionen zu ihren

Gunsten manipuliert. Sie manipulieren Verbündete, bestrafen Gegner, lähmen die Medien und die Zivilgesellschaft und machen den Staat zu einem Instrument ihrer eigenen Agenda und politischen Macht.«⁸ Europäische Parteien, die mit Silvio Berlusconi schon mal einen »europäischen Trump« zum Vorbild hatten, übernehmen wiederum zunehmend Themen und Rhetorik von den Amerikanern. Die rohe Rhetorik, die viralen Social-Media-Strategien, der Personenkult: Rechtspopulisten wissen, wie sie Stimmungen beeinflussen und Stimmung machen – so lange, bis daraus in nicht wenigen Fällen echte politische Macht wird.

Zwei Entwicklungen haben diese neue Vernetzung begünstigt: erstens die Corona-Pandemie, der Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zufolge bis zu zwanzig Millionen Menschen zum Opfer fielen, davon allein in Deutschland rund 174 000. Die Zwangsmaßnahmen, Vorschriften und Fehler von Regierungen, die das unbekannte tödliche Virus verzweifelt in den Griff bekommen wollten, spalteten Gesellschaften weltweit – und sind bis heute spürbar. In Deutschland hat diese Wut durch die AfD einen Weg in den Bundestag und ins Europaparlament gefunden und vor allem Jungwähler beeinflusst, die bei den Europawahlen rechts wählten. Auch in den USA wanderten Jungwähler in beträchtlicher Zahl zu Trump. Zweitens hat Trumps Comeback eine kollektive Euphorie im rechten Lager ausgelöst, zumal Kamala Harris' Niederlage 2024 Trump ins Zentrum der Macht katapultierte. Die Amerikaner wählten lieber einen 78-jährigen vorbestraften Demagogen zum »Leader of the free world« als eine Frau, Senatorin und Ex-Generalstaatsanwältin. Trump konsolidierte einen Großteil der US-Konzernlenker hinter sich und machte damit endgültig klar: Er ist kein Ausrutscher der Geschichte.

»Trump ist zu hundert Prozent legitimiert«, sagte der aus Deutschland stammende internationale Investor Christian Angermayer in einem Interview nach Trumps Wahlsieg. Angermayer ist einer der wenigen Deutschen, die in Trumps Zirkeln eine Rolle spielen. Er kennt Richard Grenell, den früheren US-Botschafter in Deutschland, und Trumps Kinder, darunter dessen Tochter Ivanka. Gemein-

sam mit J.D. Vance hat Angermayer in Start-ups investiert.⁹ Auch in Washington spürt man die Genugtuung und das neue Selbstbewusstsein in den Denkfabriken, auf den Fluren des Kongresses, bei Pressekonferenzen im Weißen Haus. »Früher haben uns die Leute als Ausgestoßene betrachtet, aber jetzt sind wir führend in der Kultur«, sagt die 27-jährige Janiyah Thomas, die als Trumps Wahlkampfchefin die »Black MAGA«-Medienarbeit leistete, also mit Redaktionen und Podcasts, die sich an ein überwiegend schwarzes Publikum richten, netzwerkte. »Es ist plötzlich cool, MAGA zu sein«, so Thomas.¹⁰ In Bars und Restaurants sieht man immer häufiger den »Mar-a-Lago-Style« von Trump-Frauen: großzügige Föhnwellen und noch großzügigeres Botox, USA-Flaggen in Strass als Ohrringe, Anstecker, Haarspangen. Ein Teil dieser Stimmung soll über den Ozean getragen werden: Als der von Trump unterstützte polnische Rechtsaußen-Präsidentschaftskandidat Karol Nawrocki in Polen die Wahl gewann, kommentierte das Weiße Haus, dies sei ein Signal gegen »all das Diversity-Zeug, das sonst Europa und die ganze Welt überschwemmt«.

In Europa selbst bedankt man sich für die Unterstützung und will den Schwung mitnehmen: Ein »Wind of Change« wehe »kräftig durch Europa und die gesamte westliche Welt«, rief AfD-Chefin Alice Weidel auf der rechtspopulistischen »Conservative Political Action Conference« (CPAC) in Ungarn, einem europäischen Ableger der CPAC in Washington, auf der Trump jedes Jahr auftritt. Auf derselben Veranstaltung verkündete Gastgeber Orbán: »Der Trump-Tsunami hat die Welt erfasst und sie völlig verändert. Wir ersticken nicht mehr in einem Meer der Political Correctness.« Vor seiner Rede richtete Trump ein Grußwort per Videobotschaft an die Menge.¹¹

AfD-Politiker sagen der renommierten *Spiegel*-Journalistin und langjährigen AfD-Beobachterin Ann-Katrin Müller inzwischen offen ins Gesicht: »Frau Müller, Ihre Zeit ist eh vorbei.« Gemeint sind linksliberale Leitmedien, kritischer Journalismus und die Presse als vierte Gewalt einer Demokratie. Spätestens der Wahlsieg Trumps habe doch gezeigt, »dass es auf der ganzen Welt in eine Richtung geht. Wir sind die Partei, die ganz vorne mit dabei ist. Unsere Geg-

ner haben verloren.« So schildert Müller die Stimmung in der Partei. »Diese Siegestrunkenheit ist überall spürbar«, erzählt die Reporterin.

Zwar ist die Darstellung eines geschlossenen Aufstiegs einer ganzen Bewegung überzogen, die Mehrheit der Regierungen in Europa wird von Parteien der Mitte angeführt. Was aber stimmt: In Europa sind, wie der *Economist* dokumentierte, auf die absoluten Bevölkerungszahlen heruntergebrochen, rechtsextreme Parteien derzeit am populärsten. Das Magazin hat ausgerechnet, wie sich der durchschnittliche Stimmenanteil von »hard-right parties« in europäischen Demokratien – konkret in den 27 EU-Staaten sowie in Großbritannien, Island, Norwegen und der Schweiz – entwickelt hat. In den vergangenen fünfzehn Jahren hätten sie erhebliche Gewinne erzielt und seien »mittlerweile die beliebteste Parteienfamilie Europas«, konstatierte der *Economist*. In der dazugehörigen Grafik sind die rechten Parteien durch einen schwarzen Balken dargestellt, der nach der Finanzkrise 2008 ansteigt, im Brexit-Jahr 2016 (dem Jahr der ersten Trump-Wahl in den USA) an Schwung gewinnt und in der Coronapandemie nach oben schießt. »Erstmals in der modernen europäischen Geschichte haben sie den konservativen und sozialdemokratischen Blöcken den Rang abgelassen.«¹² Der Aufstieg der extremen Rechten ist demnach das Ergebnis einer Vielzahl von Faktoren: mehrere Krisen nach den Nullerjahren, ein Vertrauensverlust in Eliten und Institutionen sowie die Kraft sozialer Medien. »Jedes Mal, wenn diese Parteien ihren Stimmenanteil erhöhen, werden sie ein Stück mehr normalisiert.«

Der amerikanische Politologe Henry Olsen sagt voraus: »Langfristig, am Ende des Jahrzehnts, könnten rechtspopulistische Regierungen in Europa die Mehrheit stellen.« Das ist nicht gesetzt, das Pendel kann auch wieder in die andere Richtung schwingen. Allein das Tempo, mit dem sich der Rechtsruck auf beiden Seiten des Atlantiks zuletzt verfestigt hat, ist jedoch ein Signal dafür, dass Teile der Bewegung nicht einfach wieder verschwinden werden. Der Sieg von Nawrocki in Polen im Mai 2025 ereignete sich, knapp ein Jahr nach-

dem viele rechtsextreme Parteien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) einen Aufschwung erlebt hatten – was wiederum in den USA schon damals als Vorbote für Trumps Wiederwahl gewertet wurde. »Die Dominosteine fallen«, schrieben Matt und Mercedes Schlapp, die Vorsitzenden der CPAC, im Juni 2024 auf der Plattform X, als die Ergebnisse der Europawahl über alle Nachrichtensender liefen. Trump werde »die Arbeit im November zu Ende bringen«, indem er die Demokraten besiege. Genau so trat es ein.

Besonders in den Gründungsstaaten der EU wie Frankreich, Deutschland und Italien konnten rechte Parteien bei den Europawahlen deutliche Zugewinne verzeichnen. Und auch wenn ihre Erfolge in Nordeuropa und vielen osteuropäischen Ländern begrenzt blieben oder zurückgingen, führen rechte Parteien inzwischen mehrere Regierungen an, wie in Italien und Belgien, sie sind Teil der Regierung, wie in Bulgarien, Kroatien und Litauen, oder sie regieren zwar nicht mit, wie in Österreich, sind dort aber stärkste Kraft. Fragile Koalitionen, knappe Mehrheiten, komplizierte Regierungsbildungen: Der Rechtsruck bringt Instabilität mit sich. So erzwang der Austritt des Rechtspopulisten Geert Wilders aus der niederländischen Regierung Neuwahlen und zeigte, wie sehr die Debatte über illegale Migration die europäische Politik weiterhin bestimmt. Auch außerhalb von Regierungen sind rechte Parteien ein massiver Machtfaktor, vor allem, nachdem sie, wie in Portugal und Deutschland, historische Zuwächse bei den Parlaments- beziehungsweise Bundestagswahlen erzielten. In Großbritannien gewann die Partei Reform UK des Brexit-Vorkämpfers Nigel Farage bei den britischen Kommunalwahlen viele Stimmen hinzu. Auf der amerikanischen CPAC wird er seit Jahren wie ein Superstar empfangen (»Ich war der erste Populist der Welt«), und er hat ein ähnliches Comeback wie Trump hingelegt. Die nächsten Parlamentswahlen sind zwar erst für 2029 angesetzt, doch Labour-Premier Keir Starmer spürt den Druck von rechts und legte Kehrtwenden bei Einwanderung und Transgender-Politik hin.^{13, 14}

Auf europäischer Ebene beeinflusst der Aufstieg der Rechten definitiv die Politik. »Eine harte Hand bei Migration ist inzwischen

absoluter Mainstream«, sagt der langjährige *Handelsblatt*-Auslandskorrespondent Carsten Volkery. Er muss es wissen – erst berichtete Volkery aus London über den Brexit, seit 2022 ist er Korrespondent in der »EU-Hauptstadt« Brüssel. Der Diskurs über Einwanderung habe sich »binnen weniger Jahre komplett verschoben«, so der Reporter, selbst Sozialdemokraten oder Liberale drängten auf restriktive Abschiebungen. Eine vergleichbare Verschiebung gebe es in der Klimapolitik. »Der Zeitgeist ist im Moment einfach so: Nichts darf Unternehmen schaden, nichts darf die Wettbewerbsfähigkeit verschlechtern. Deswegen wird von der EU-Kommission alles, was irgendwie grün riecht, zur Seite geschoben.«

Vieles wird davon abhängen, wie nationale Wahlen in den kommenden Jahren in EU-Staaten ausgehen, ob rechte Parteien zunehmend in Regierungsverantwortung kommen und dadurch auch im wichtigen Europäischen Rat an Einfluss gewinnen – wo sie bislang noch keine sogenannte Sperrminorität haben, mit der sie Mehrheitsbeschlüsse verhindern können. Im Europäischen Parlament ist dieser neue Einfluss jetzt schon spürbar. »Wenn ich die Augen schließe und mal versuche zuzuordnen, ob da ein radikal linker oder radikal rechter Franzose redet, kann ich das oft kaum noch unterscheiden«, erklärt David McAllister, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament und Vize-Chef der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP). Während der Merkel-Jahre war er Ministerpräsident in Niedersachsen und ging 2014 nach Brüssel. »In ihrer Putin-Glorifizierung sind sich die Linke und die Rechte in Europa sehr ähnlich.«

Und was sieht McAllister, wenn er die Augen öffnet und sich im Plenarsaal umschaute? »Es gibt acht Fraktionen. Die EVP, der CDU und CSU angehören, bildet die Koalition der Mitte, zusammen mit den Liberalen und den Sozialdemokraten«, dazu kommen die Fraktionen von Grünen und Linken. Rechts von der EVP gibt es drei Fraktionen, »die werden in Teilen der deutschen Berichterstattung gerne beliebig in einen Topf geworfen«, so McAllister, »dabei gibt es große Unterschiede«. Mit den Europäischen Konservativen und

Reformern (EKR), die den Ministerpräsidenten in Belgien, Bart de Wever, und die italienische Premierministerin Giorgia Meloni stellen, »kann man in einzelnen Sachfragen konstruktiv zusammenarbeiten, ohne generell einer Meinung zu sein«. Indiskutabel ist für McAllister der Rechtsaußen-Block aus den »Patrioten für Europa« (PfE) und »Europa der Souveränen Nationen« (ESN). Die Patrioten wurden im Juli 2024 gegründet, um rechte Parteien wie Fidesz (Ungarn), Rassemblement National (Frankreich), Lega (Italien) und die FPÖ (Österreich) zu vereinen. Die AfD wurde nicht Teil dieser Fraktion – ein wesentlicher Grund war die Kontroverse um Maximilian Krah, den früheren Spitzenkandidaten der AfD. Er war in mehrere Skandale verwickelt, unter anderem wegen umstrittener Äußerungen zur SS sowie wegen eines Mitarbeiters, der unter Spionageverdacht steht. Stattdessen gründete die AfD mit anderen Parteien die ESN. »Das zeigt also auch noch mal im europapolitischen Kontext, wie weit rechts außen die AfD steht«, so McAllister. Im Alltag würde es bisher gut funktionieren, die Rechtsaußen-Parteien zu ignorieren. »Was Mehrheiten angeht, spielen sie keine Rolle. Wenn die Mitte im Europäischen Parlament zusammenhält, kann nichts gegen uns entschieden werden, wir können die Agenda setzen.« Und doch müsse der Zuwachs für radikale rechte Parteien bei den Europawahlen ein Weckruf sein. Diese Parteien seien selbstbewusster geworden, sagt McAllister. »2014 waren sie ein kleiner versprengter Haufen, die ganz hinten rechts in der Ecke saßen. Zwei Wahlen später, 2024, sind die »Patrioten für Europa« die drittstärkste Fraktion. Das heißt, dass sie in Senats- und Ausschusssitzungen nach der EVP und den Sozialdemokraten immer als Dritte das Wort haben, noch vor den Konservativen, Liberalen und Grünen. Sie haben mehr Abgeordnete, mehr Mitarbeiter, größere Pressestäbe.«

Da Politik selten linear verläuft, sondern meist in Wellen, sind Gegenbewegungen zu erwarten, wie bereits geschehen in Rumänien, wo sich der proeuropäische Bukarester Bürgermeister Nicușor Dan in den Präsidentschaftswahlen durchsetzte, oder in Albanien, wo der MAGA-Kandidat Sali Berisha verlor. Er wurde unter anderem von

Trump's ehemaligem Wahlkampfstrategen Chris LaCivita beraten und von der rechten US-Denkfabrik Heritage unterstützt.¹⁵ Ungarns Premier Viktor Orbán könnte 2026, nach dann sechzehn Jahren im Amt, abgewählt werden. In Frankreich wird Marine Le Pen aller Voraussicht nach nicht bei den Präsidentschaftswahlen 2027 antreten können – und es ist fraglich, ob die Franzosen dem jungen Chef ihrer rechten Partei Rassemblement National (RN), Jordan Bardella, mehrheitlich ihre Stimme geben werden. In Großbritannien haben die Konservativen mit Kemi Badenoch eine Fundamentalistin vom rechten Flügel zu ihrer neuen Parteichefin gewählt. Bislang nützt es nichts – oder vielmehr, es schadet –, dass die 45-jährige Badenoch Tochter nigerianischer Einwanderer ist: Farage könnte laut Umfragen 2029 Premierminister werden. »Der weiße, konservative Farage räumt ab beim Klischee-Konservativen, dem typischen Engländer und Stockbroker, der auf dem Land wohnt und sich in Tweed kleidet. Farage wirkt auf diese Kernklientel wie ein Volkstribun«, sagt Korrespondent Volkery. »Deshalb laufen bei den Tories bereits Gedankenspiele, den kontroversen Ex-Premier Boris Johnson zurückzuholen, damit er sie retten kann. Was auch zeigt, wie verzweifelt sie sind.« Gegen einen Johnson hätte Farage keine Chance, ist sich Volkery sicher. Denn wie so oft geht es im Rechtspopulismus »viel um Persönlichkeiten«. Das erklärt auch, dass in Ungarn der charismatische, bürgerlich-konservative Péter Magyar den Nationalisten Orbán bislang ziemlich erfolgreich herausfordert.

Wie Trump das rechte Lager festigt

Die MAGA-Überzeugten in Amerika wollen Gegenbewegungen bremsen und die europäische Rechte stärken. Das versuchen sie mithilfe mehrerer Taktiken:

1. *Influencer nutzen:* Kurz nach Amtsantritt empfing Trump den irischen Martial-Arts-Sportler Conor McGregors im Weißen Haus, der mit ihm und Musk für Selfies posierte und über die »Einwan-

derungsmafia, die Irland verwüstet«, wütete. Solche Szenen und Fotos haben eine starke Symbolik mit viel Reichweite (McGregors hat fünfzig Millionen Follower auf Instagram), sie sind Trumps »Buzz für die Basis«. An anderer Stelle sorgte Trumps Sonderbotschafter Grenell dafür, den Tate-Brüdern, zwei amerikanischen Online-Influencern, die wegen des Verdachts des Menschenhandels und Vergewaltigung angeklagt sind, die Ausreise aus Rumänien zu ermöglichen. Offenbar intervenierte Grenell direkt bei der rumänischen Regierung, an Trump vorbei.¹⁶

2. *Vernetzung fördern*: Dem AfD-Europaparlamentarier Petr Bys- tron zufolge haben die US-Republikaner ihre Anstrengungen verstärkt. »Die Amerikaner suchen mittlerweile den Kontakt«, sagt er. Das stärkt die Verbindungen der europäischen Rechten unter- einander. Im Frühjahr 2025 traf sich die europäische Rechte zum zweiten Mal unter dem Motto »Make Europe Great Again« in Ma- drid zu einer Versammlung, die von der spanischen nationalis- tischen Partei Vox organisiert wurde. Ein ähnliches Treffen fand auf französische Einladung hin im Sommer 2025 südlich von Pa- ris statt. Die Unterstützung der AfD durch die Trump-Regierung machte es möglich, dass Orbán AfD-Chefin Weidel nach Jahren der Distanz in Budapest empfing.¹⁷
3. *Formate exportieren*: Die CPAC expandiert seit einigen Jahren von den USA nach Europa. Im Jahr 2025 fanden erstmals zwei euro- päische CPACs innerhalb einer Woche statt: die CPAC Poland in Rzeszów, die direkt vor der polnischen Präsidentschaftswahl stattfand, und die mittlerweile vierte CPAC Hungary in Budapest. Zum ersten Mal durfte dort mit Weidel eine Vertreterin der AfD auf einer CPAC-Bühne stehen. Zu den Gästen in Polen gehörte Kristi Noem, Trumps Innenministerin, die eine Wahlempfehlung für Nawrocki aussprach. Im AfD-Umfeld ist zu hören, dass eine CPAC Germany im Gespräch ist. Budapest bleibt jedoch der Hot- spot der amerikanisch-europäischen Rechtsaußen-Vernetzung. Das staatseigene ungarische Mathias Corvinus Collegium (MCC) vergibt internationale Gaststipendien, die mit bis zu 10 000 Euro

pro Monat dotiert sind, plus Krankenversicherung, Unterkunft, Visakosten und vielem mehr.¹⁸ »Budapest ist die Spinne im Netz und führt die postliberalen Orbánisten in Europa an«, erklärt der konservative Historiker Andreas Rödder. So sendete der Trump-Vertraute und damalige *Fox-News*-Moderator Tucker Carlson bereits 2021 eine Woche lang aus der ungarischen Hauptstadt. Vermittelt wurde dies durch ungarischstämmige Amerikaner. Drei Jahre später, nach der russischen Invasion in die Ukraine, interviewte er Wladimir Putin in Moskau – natürlich mit Zwischenstopp in Budapest.

4. *Druck ausüben*: Die größte Bedrohung für Europa, so argumentierte J.D. Vance in seiner ersten Rede als US-Vizepräsident auf internationaler Bühne, bestehe nicht in einer militärischen Aggression durch Russland oder China. Sondern in der Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch die EU-Staaten selbst – einschließlich der Bemühungen, rechtsextreme Parteien von Regierungen fernzuhalten. »Es gibt keinen Platz für Brandmauern«, sagte Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2025 wörtlich – im Englischen nutzte er den gängigen Begriff »firewall« – und fügte hinzu: »Wenn Sie aus Angst vor Ihren eigenen Wählern weglaufen, kann Amerika nichts für Sie tun.« Unmissverständlich spielte er damit auf die AfD an. Wenn Trumps Außenminister Marco Rubio die Einstufung der AfD in Deutschland als gesichert rechtsextremistisch als »verdeckte Tyrannei« anprangert, ist das eine ebenso gravierende Einmischung in die deutsche Innenpolitik, ähnlich wie bei Elon Musks Unterstützung von Farages Reform UK und der AfD. Kurz vor der polnischen Präsidentschaftswahl schrieb Brian Mast, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im US-Kongress, einen Brandbrief an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Der Vorwurf: Nawrocki werde benachteiligt, die »Glaubwürdigkeit der EU als Hüterin demokratischer Grundsätze« werde untergraben. So etwas wird inzwischen nicht mehr auf diplomatischem Weg angebracht, sondern öffentlich und mit dem Ziel maximaler Aufmerksamkeit.

5. *Business-Deals schließen*: Der Trump-Clan ist besonders aktiv in der Kryptobranche und im Immobiliensektor; der prominente Name der First Family lässt die Geschäfte blühen. So reiste Trumps ältester Sohn Donald Trump Jr. (»Don Jr.«), Executive Vice President der Trump Organization, im Mai nach Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Serbien und nahm an Veranstaltungen unter dem Motto »Trump Business Vision 2025« teil.¹⁹ Don Jr. ist gleichzeitig ein Idol der MAGA-Bewegung und mit seinem Podcast »Triggered« eine wichtige Stimme an der Basis.
6. *EU-Skepsis befeuern*: Ein Architekt der Brexit-Kampagne, Nile Gardiner, ist inzwischen führender Experte bei der Heritage Foundation, die Trumps Wahlprogramm (»Project 2025«) mitentwarf. Der Europaparlamentarier McAllister bringt es auf den Punkt: »Hardcore-Brexiteers aus Großbritannien sind, nachdem sie dort Unheil angerichtet haben, nach Washington weitergezogen, um das Bild einer dysfunktionalen EU zu untermauern.« Heritage-Präsident Kevin Roberts erklärte auf der »Alliance for responsible Citizenship«-Konferenz in London, wenige Wochen nach Trumps Amtsantritt, dass seine Stiftung »unsere Freunde aus Europa« dabei unterstützen werde, ihre Institutionen »zurückzugewinnen«. Im März 2025 veranstaltete der Thinktank in Washington einen Workshop zu einem Papier mit dem Titel »The Great Reset«, das vom ungarischen MCC und der rechtskonservativen Denkfabrik Ordo Iuris aus Polen verfasst wurde. Das Dokument schlägt unter anderem die Auflösung der Europäischen Kommission und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vor. Die Mitgliedstaaten sollen souveräner, die EU in »Europäische Gemeinschaft der Nationen« umbenannt werden, lauten einige der Vorschläge.²⁰

Der AfD-Europaparlamentarier Bystron sieht seine Agenda durch die Amerikaner endlich wertgeschätzt und erkannt. »Unser Lager ist gefestigt. Das ist anders als früher. Und auch Trump ist gefestigt. In seiner ersten Amtszeit hat er rumgeeiert und versucht, hier und da

Kompromisse auszuhandeln. Und jetzt? Bam, bam, bam, bam, bam. Weil er weiß, dass der Gegner ihm nichts schenkt. Die würden ihn umbringen. Die würden uns umbringen«, sagt er und schiebt hinterher: »Das sage ich wirklich ohne Emotionen.« Man trifft Bystron im März 2025 auf der Original-CPAC in Washington. Zwei Monate später wird ihm die Immunität im Europaparlament entzogen, wegen Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft München. Die Vorwürfe, die Bystron zurückweist, sind Bestechlichkeit, Betrug und Steuerhinterziehung. Für ein Foto holt sich Bystron noch schnell ein »Make Europe Great Again«-Käppi, das beim CPAC-Stand der Patrioten-Fraktion ausliegt. »Make Europe Great Again«, das war auch der Titel eines Buchs, das der frühere AfD-Landesvorsitzende von Bayern und ehemalige FDP-Politiker vor vier Jahren veröffentlichte. Jetzt ist das Wortspiel ein Slogan der neuen internationalen Rechten.

Hans-Georg Maaßen, früherer Verfassungsschutzpräsident und Gründer der rechten Partei WerteUnion, drückt es so aus: »Was wir hier in den USA sehen, ist für mich kein normaler Regierungswechsel, sondern eine Revolution. Für uns als Konservative« – so bezeichnet er sich selbst – »gibt es natürlich die Hoffnung, dass dieses MAGA als MEGA Europa erobert.«

Auch Maaßen ist zur CPAC in Washington angereist, das erste Mal überhaupt. Ursprünglich, nach ihrer Gründung 1974, war die Konferenz eine Plattform für die verschiedenen konservativen Strömungen in den USA. Doch seit dem Aufstieg der Tea-Party-Bewegung hat das Forum seinen Fokus auf Anti-Abtreibung, Anti-Einwanderung und Anti-Eliten verengt. Manche Teilnehmer nennen sie »TPAC«, in Anlehnung an die Dominanz der Trump-Anhänger. Jahr für Jahr wird das rechte Rudelfeiern radikaler und kultartiger: So sah man 2025 viele Kapitolstürmer, die von Trump begnadigt worden waren, auf den Fluren. Künstler hielten Trump, Musk und Gesundheitsminister RFK Jr. als göttliche Erlöser mit Heiligenschein in Öl fest. Die Ausstellerhalle glich einem Kuriositätenkabinett aus Paillettenjacken mit Trump-Schriftzug (89,90 Dollar) und Zigarren mit dem Aufdruck »Rettet die Kernfamilie«.

Zugleich wird die CPAC immer internationaler, 2025 waren so viele europäische Rechtsaußen-Vertreter zu Gast wie noch nie. Die globale Ausrichtung ist für die Organisatoren im Trump-Zeitalter der nächste logische Schritt, ganz so, wie die USA Fernsehserien, Fastfood-Ketten oder Tech-Plattformen in die Welt getragen haben. Was hängen blieb und durch internationale Medien ging: Steve Bannon machte eine Armgeste, die an einen Hitlergruß erinnerte. »Wir sehen Tage des Donners und Jahre des Blitzes«, rief Bannon in seiner Rede, in Anspielung auf die Trump-Präsidentschaft. Wo bei es »Rede« nicht wirklich trifft: Auf Bühnen brüllt er, gestikuliert wild, predigt, wirft seine Arme in die Luft, schlägt mit der Faust aufs Rednerpult. »Sie fürchten uns in Riad und Peking und London und Berlin, weil sie wissen, wir sind unaufhaltsam. Niemand kann uns stoppen«, tönte er auf der CPAC. Für Bannon ist der Vormarsch von Trumps MAGA-Bewegung eine Revolution von unten, die – so kann man ihn verstehen – zur Not mit Gewalt ausgefochten werden muss. »Die Eliten werden ihre Kontrolle nicht freiwillig abgeben«, sagte er bei einem Podium zur »Bekämpfung des Globalismus«. Trumps Wahlsieg sei nur »eine weitere Schlacht in einem größeren, andauernden Krieg für Freiheit und Frieden«. Bei der Veranstaltung wurde Gästen aus Brasilien, Italien, Australien, Israel, Ungarn, Japan und Argentinien erklärt, wie jeder Aktivist zu einem »Kraftmultiplikator« werden könne. Am besten funktioniere das durch gezielte Postings in den sozialen Netzwerken verschiedener Länder, trugen die Referenten vor. Dank Übersetzungsprogrammen mit Künstlicher Intelligenz werde das immer leichter.

Diese Ideologie ist keine Randfantasie eines Alt-Rechten wie Bannon mehr, sondern Mainstream, im Sinne von: Sie ist ganz oben in der US-Regierung angekommen, im Machtzentrum der Welt. Musk, der damals hoch in Trumps Gunst stand, posierte auf der CPAC-Bühne mit Kettensäge und verkündete: »In Europa stecken sie Leute ins Gefängnis, weil sie das falsche Meme posten. Das ist doch Wahnsinn.« Vize Vance spielte noch mal auf seine Münchenrede an (»Schön, dass ihr die Rede mochtet. Sie gefiel nicht jedem.«).